

7. Interpellation von Aline Indergand, Hermann Lei, Franz Eugster, Andreas Opprecht vom 19. Juni 2024 „Kriminelle Clan-Strukturen im Kanton Thurgau“ (24/IN 2/34)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellantin und Interpellanten, vertreten durch Kantonsrätin Aline Indergand, haben zuerst das Wort für eine kurze Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Aline Indergand, SVP: Wenn man die Antwort der Regierung liest, dann könnte man meinen, dass im Kanton Thurgau keinerlei Fälle von Clan-Strukturen bekannt und keine Probleme vorhanden sind. Gleichzeitig sei die Schweiz Berichten des fedpol (Bundesamt für Polizei) zufolge „mittel bis stark“ von organisierter Kriminalität unterwandert. Der Regierungsrat geht davon aus, dass der Thurgau erheblich von organisierter Kriminalität betroffen ist. Insgesamt vermittelt die Beantwortung den Eindruck, dass der Regierungsrat das Thema zwar aufzugreifen versucht, aber nicht vorhat, das Thema entschlossen anzugehen. Damit gezieltere Massnahmen ergriffen werden können, ist kritischeres Nachfragen und eine genauere Analyse nötig. Die Fragen der Interpellation sind ausweichend, unzureichend und oberflächlich beantwortet. Deshalb möchten wir über dieses Thema der kriminellen Clan-Strukturen im Kanton Thurgau diskutieren und beantragen Diskussion.

Präsident: Kantonsrätin Aline Indergand beantragt Diskussion. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung:

Ja: 110

Nein: 2

Enthaltung: 0

Präsident: Sie haben mit 110:2 Stimmen bei 0 Enthaltungen Diskussion beschlossen. Ich eröffne die Diskussion. Zuerst hat Kantonsrätin Aline Indergand noch einmal das Wort.

Aline Indergand, SVP: Es macht mich doch etwas stutzig, dass die sechsstufige Antwort der Regierung sich auf einer ganzen Seite mit der Begrifflichkeit auseinandersetzt und schon zu Beginn nicht wirklich den Mut aufweist, sich ernsthaft mit dem Thema zu befassen. Es ist doch wirklich ganz einfach. Bitte verkomplizieren Sie die Thematik nicht unnötig. Die kriminellen Clan-Strukturen sind in aller Munde. Wie die Begrifflichkeiten nun zu definieren sind, ist wirklich nur zweitrangig. Nun zum Inhalt: Offenbar hat die

Thurgauer Kantonspolizei keine Kenntnisse von kriminellen Clans auf dem Kantonsgebiet. Spannend ist wiederum, dass eine Person bekannt ist, die mit kriminellen Clans in Deutschland in Verbindung steht und immer noch im Kanton Thurgau lebt. Wieso ist diese Person überhaupt noch hier, wenn sie doch schon auf dem Radar ist? Darauf hätte ich von der Regierung gerne eine Antwort. Aus der Beantwortung lässt sich erkennen, dass viele Ämter für die Erkennung von organisierter Kriminalität nötig sind und sich gegenseitig informieren müssen. Prüfungsämter sind als solche das Migrationsamt, das Amt für Wirtschaft und Arbeit, die Polizei, die Staatsanwaltschaft und teilweise auch das Grundbuchamt sowie das Konkursamt. Wie soll denn hier schnell reagiert werden, wenn alle ihrem eigenen Prüfungsrhythmus und eigenen Kriterien nachgehen? Wie soll hier ein Muster erkannt werden können? Ich erkenne in dieser Antwort viele Widersprüche, die mich sehr beunruhigen und mir ein schlechtes Gefühl vermitteln, wenn es um die Bekämpfung der organisierten Kriminalität geht. Scheinbar gibt es keinerlei Verstrickungen von kriminellen Clans in den Liegenschaftenhandel. Gleichzeitig heisst es in der Beantwortung, dass für die Grundbuchämter solche Verstrickungen kaum erkennbar seien. Des Weiteren sieht man erhebliche Probleme bei den vielen missbräuchlichen Konkursen. Die Hälfte der Konkursverfahren muss mangels Aktiven eingestellt werden. Ob diese Konkurse mit kriminellen Clans zusammenhängen, kann nicht erkannt werden. Der Regierung und den Ämtern fehlt es an übergreifender Zusammenarbeit, die auch Früchte tragen würde. Meiner Beurteilung nach hat die Effizienz noch Luft nach oben – und trotzdem schreien alle nach mehr Personal. Ich bin überzeugt, dass die Prozesse optimiert werden und damit bereits bessere Resultate erzielt werden können. Meine Schlussfolgerung lautet wie folgt: Der Kanton Thurgau ist offenbar in der Organisation zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität schlecht aufgestellt und hat keinen Überblick über das wirkliche Ausmass. Bevor die Kantonspolizei sich über fehlende Mittel und Ressourcen beklagen kann, soll sie bitte dafür sorgen, dass sie keine Sondereinsätze an Sportanlässen oder auch am ESC (Eurovision Song Contest) leistet. Die Kantonspolizei soll sich bitte auf die Aufgaben im eigenen Kanton konzentrieren, wofür die Mittel auch gesprochen werden. Es stösst mir tatsächlich sauer auf, wenn die Regierung in dieser Beantwortung ihr Leid klagt und betreffend Kantonspolizei von fehlendem Personal spricht. Lesen Sie die Antwort der Einfachen Anfrage zur Aufstockung des Polizeikorps: Dort steht schwarz auf weiss, dass die Regionalpolizei in den letzten fünf Jahren sogar geschrumpft ist, obwohl der Grosse Rat im 2020 eine Aufstockung beschlossen hatte. Stattdessen wurde Personal in der Verkehrs- und Seepolizei aufgestockt. Abschliessend zeigt die Antwort der Regierung zwar, dass das Thema erkannt wird, aber die Entschlossenheit und die kritische Selbstreflexion dazu fehlen. Die Regierung hält sich defensiv, wenn es um die Gefahreinschätzung, um die Überwachung der verdächtigen Branchen und um die Ausstattung der Ermittlungsbehörde geht. Es ist Fakt, dass schweizweit Bedrohungen durch organisierte Clan-Strukturen wachsen. Der Aktivismus der Regierung hält sich jedoch in Grenzen. Wir wünschen uns mehr Proaktivität, um die Heraus-

forderungen um die organisierte Kriminalität zu meistern.

Kenny Greber, SP und Gew.: Zuerst möchte ich der Interpellantin und den Interpellanten danken, dass sie dieses wichtige Thema aufs Tapet gebracht haben, und ebenso danke ich dem Regierungsrat für die Antwort. Die Antwort zeigt: Im engeren Sinn sind im Kanton Thurgau keine Clan-Strukturen bekannt. Gleichzeitig ist klar: Organisierte Kriminalität betrifft auch uns – Menschenhandel, Geldwäscherei, Betäubungsmittelhandel, Einbruchdiebstähle, Bankomatensprengungen. Genau deshalb wären Struktur- und Netzwerkermittlungen zentral in der Aufklärungsarbeit. Aber genau dort fehlt es an Substanz, und das hat seine Gründe. Der Regierungsrat sagt es klar: Der Grosse Rat hat die Aufstockung der Polizei bewilligt, aber im Jahr 2024 lag der tatsächliche Bestand rund 50 Stellen unter dem Soll von 475. Diese Lücke lässt sich nicht von heute auf morgen füllen. Und noch wichtiger: Selbst wenn diese 50 Stellen vollständig besetzt wären, reichte es nicht, um – wie zum Beispiel in Zürich – eine eigene Abteilung für Strukturermittlungen aufzubauen. Bei uns sind solche Arbeiten nur sehr punktuell möglich. Und das, liebe Kolleginnen, ist letztlich der politische Wille dieses Parlaments. Und genau hier zeigt sich die Glaubwürdigkeitslücke zwischen den Fragestellungen und dem Abstimmungsverhalten – wenn es um entsprechende Ressourcen und Mittel geht. Dieselben, die hier detaillierte Analysen fordern, sind es an Budgetsitzungen, die sich nicht dafür einsetzen, dass der Staat genügend Mittel zur Verfügung hat. Im Gegenteil: Da heisst es salopp „Luxus“, „Klein-Klein-Management“, „schlanker Staat“ oder eben „Sparpotential“. Sie kennen sie alle, die Evergreens und Klassiker des Budgetkanons, der schon bald wieder einsetzen wird. Sie dürfen mich gerne positiv überraschen und auf dieses Ritual künftig verzichten. Jetzt kommt der Clou: Wer der Polizei die Ressourcen verwehrt, darf sich nicht wundern, wenn sie nicht alles liefern kann, was bestellt wird. Ein ziemlich simpler und lebensnaher Mechanismus, fast wie zu Hause. Wir wissen, was irgendwann dann auch noch kommen wird: Das sei alles eine Frage der Migrationspolitik. Auch dieses Mantra läuft seit Jahren, wie eine Schallplatte mit Sprung, wie eine Schallplatte... Okay – ich erspare es Ihnen in der Hoffnung, dass es uns künftig auch erspart bleibt. Denn das ist keine Analyse, das ist reine Ablenkung. Denn egal, woher jemand kommt: Menschenhandel bleibt Menschenhandel, Geldwäscherei bleibt Geldwäscherei und organisierte Kriminalität bleibt organisierte Kriminalität. Die entscheidende Frage ist nicht die Herkunft, sondern ob wir die Mittel haben, kriminelle Strukturen konsequent aufzuklären, zu überwachen und zu zerschlagen. Sicherheit gibt es nicht gratis. Uns ist Sicherheit wichtig. Und deshalb sage ich es klar: Im kommenden Budgetprozess haben wir die Chance zu zeigen, wie ernst es uns allen hier drinnen ist. Gerade jene, die jetzt vertieft nach Polizei- und Ermittlungsarbeit rufen, müssen dann auch bereit sein, Polizei und Staatsanwaltschaft mit den nötigen Mitteln auszustatten. Das gilt übrigens auch für alle anderen kantonalen Aufgaben. Wir sollten uns gut überlegen: Ist es wirklich sinnvoll, dem Staat permanent die finanziellen Mittel zu entziehen? Oder ist es nicht vielmehr sinnvoll, dem Staat genügend Mittel zu

geben, um eben genau solche Aufklärungs- und Strukturarbeit zu machen? Herzlichen Dank.

Präsident: Ich erteile das Wort Kantonsrat Peter Schenk. Nach ihm folgt Kantonsrätin Stephanie Eberle.

Peter Schenk, EDU/Aufrecht: Die Fraktion EDU/Aufrecht bedankt sich bei den Interpellanten für den Vorstoss. Die regierungsrätliche Beantwortung hat bei mir Kopfschütteln, vertikale Stirnrunzeln sowie erhöhte Pulsfrequenz verursacht, deshalb gibt es hier nichts zu verdanken. Es sei alles gut, es seien keine kriminellen Clans im Thurgau bekannt, schreibt der Regierungsrat. Das mag juristisch aufgrund einer fehlenden Definition des Begriffs „kriminelle Clans“ im Schweizerischen Strafgesetzbuch stimmen. Wenn der Regierungsrat deshalb keine Antworten zu den Fragen 1 bis 3 zu geben imstande ist, lässt das Haarspalterei und billige Abspeisung erkennen. Oder aber der Regierungsrat will heisse Eisen nicht anfassen. Denn die gestellten Fragen sind substantiell; sie haben Fleisch am Knochen. Allen in diesem Saal ist klar, was gemeint ist. Es kommt mir vor, als käme es dem Regierungsrat gelegen, aufgrund der fehlenden Begriffsdefinition keine substantielle Antwort zu diesen drei Fragen geben zu müssen. Das zeichnet den Regierungsrat nicht aus – insbesondere darum nicht, weil er in Antwort 4 dann doch schreibt: „Nach Einschätzung des Regierungsrates ist auch der Kanton Thurgau erheblich von organisierter Kriminalität betroffen — dies insbesondere in den Bereichen Cyberkriminalität, Betäubungsmittelhandel, Geldwäscherei sowie Einbruchdiebstähle und Bankomatsprengungen.“ Hier erkennt der Regierungsrat nun plötzlich wieder, dass die Dinge im Thurgau geschätzt im Argen liegen. Dann dreht der Wind in der weiteren Beantwortung zur Frage 4 wieder Richtung „sorglos, unbedenklich“ – ich zitiere weiter: „Eine Unterwanderung, wie sie insbesondere aus den Herkunftsregionen der sogenannten Mafia bekannt ist, bei der unerkannte Vertreter der kriminellen Organisationen wichtige staatliche Funktionen übernehmen, ist jedoch für den Kanton Thurgau nicht erkennbar.“ Nochmals zum Mitschreiben: „Nach Einschätzung des Regierungsrates ist auch der Kanton Thurgau erheblich von organisierter Kriminalität betroffen — dies insbesondere in den Bereichen Cyberkriminalität, Betäubungsmittelhandel, Geldwäscherei sowie Einbruchdiebstähle und Bankomatsprengungen“ – aber eine Unterwanderung durch kriminelle Organisationen sei nicht erkennbar. Mit Verlaub, meine Damen und Herren Regierungsräte, bitte klären Sie den Grossen Rat und die Thurgauer Bevölkerung darüber auf, wie Cyberkriminalität, Betäubungsmittel- und Drogenhandel sowie Geldwäscherei ohne kriminelle Organisationen im Hintergrund möglich sein sollen. Ich orte hier tendenziell ein „Nicht hinschauen wollen“ und darum „Nicht handeln müssen“. Wir erinnern uns, was im Jahr 2014 in Frauenfeld und Wängi abging. Seither sind die Welt und auch der Thurgau bezüglich Kriminalität nicht heiler geworden. Zurecht Recht wird aus dem Thurgau auch auf nationaler Ebene immer wieder darauf hingewiesen, dass die importierte und organi-

sierte Kriminalität die innere Sicherheit unseres Landes massiv gefährdet – auch die eindringlichen Warnungen des fedpol sprechen eine klare Sprache. Wenn wir weiter den Kopf in den Sand stecken, haben wir in ein paar Jahren Zustände wie in Schweden, Frankreich oder Deutschland. Kürzlich sprach ich mit einem Wirtschaftsprüfer über diese Thematik. Er erzählte mir, dass er angefragt worden sei, die Bücher eines in der Kulinarik aktiven Thurgauer Etablissements zu prüfen. Er habe kurz in diese Bücher hineingeschaut, den exorbitanten Umsatz von mehreren Millionen Franken in Relation zur tiefen einstelligen Anzahl dort arbeitender Stellenprozente gesetzt und dann „wie's Bisiwätter“ dankend abgelehnt. Die offensichtliche Kriminalität ist sehr wohl erkennbar – wenn man denn wollte. Noch eine Bemerkung zur Beantwortung der Frage 9, betreffend knapper personeller Ressourcen: So lange diese gesetzte Einsatzpriorität zur Verfolgung von „Töfflibuebe“ oder zu überbordenden und unverhältnismässigen Verkehrs- und Fahrzeugkontrollen – bei denen vorab die KMU betroffen sind, weil sie zum Beispiel den Lieferwagen oder den LKW mit 150 Kilogramm zu viel beladen haben, um nicht noch einmal ein Fahrzeug zur gleichen Baustelle losschicken zu müssen – besteht, welche von oben diktiert wird und die sich KMU-melkend manifestiert, brauchen wir das Gejammer wegen zu wenig Personal nicht ernst zu nehmen. Erst, wenn das Departement für Justiz und Sicherheit (DJS) es uns belegen kann und die positiven Auswirkungen ersichtlich werden, indem das Gros der personellen Ressourcen mit der gleichen Intensität den organisierten Clans nachjagt wie bisher den oft unbescholtenen und harmlosen Verkehrssündern, sind wir von der Fraktion EDU/Aufrecht willig, hier hinzuhören. An dieser Stelle bedankt sich die Fraktion EDU/Aufrecht bei allen Polizeikräften, die ihren Dienst treu, ehrlich und verhältnismässig ausführen, für ihren Einsatz. Und dem Regierungsrat wünschen wir die Erkenntnis, dass er den Grossen Rat mit und in seinen Anliegen ernst zu nehmen und ihm umfänglich zuzuhören hat. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Ich erteile das Wort Kantonsrätin Stephanie Eberle. Nach ihr folgt Kantonsrat Andreas Opprecht.

Stephanie Eberle, SVP: Die SVP-Fraktion bedankt sich bei der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Als Schlussfolgerung ergeben sich uns folgende drei Punkte: Erstens: Die gewählte Begrifflichkeit der Interpellanten scheint schwierig zu sein, da der Begriff „Clan-Strukturen“ rechtlich nicht verankert ist und ihm negative Konnotationen anhaften. In Deutschland wird der Begriff „Clan-Kriminalität“ von den Medienschaffenden bereits konsequent weggelassen, da er politisch missbraucht werden könnte und Menschen stigmatisiert. Aber welcher Begriff passender für die kriminellen Machenschaften ganzer Sippschaften ist, bleibt leider unklar. Zweitens: Dem Regierungsrat sind trotz 50 bis 60 Barber-Shops, diversen neuen Restaurants und 80 bis 90 Nagelstudios, die beinahe ausschliesslich von Ausländern geführt werden, keinerlei kriminellen Clan-Strukturen bekannt. Und dies trotz Kontrollen des Arbeitsinspektorats, der Polizei und

des Migrationsamtes. Dies liest sich auf den ersten Blick super. Juhui – der Thurgau ist der einzige Kanton, in dem es keine kriminellen Machenschaften dieser Art gibt. Und dies wohlbemerkt trotz Haarschnitten zu Dumpingpreisen, mit denen die normale Coiffeuse nicht über die Runden kommen würde, und einer so unglaublich hohen Anzahl an Nagelstudios, dass eigentlich jede Thurgauerin perfekt manikürte Hände haben müsste, sowie leeren Restaurants, die ganze Familien ernähren – Grossmutter, Onkel, „Cousine“, alle können davon leben. Und drittens, dass schlicht und einfach die polizeilichen Ressourcen für aussagekräftige Kontrollen fehlen. Und da liegt doch der sprichwörtliche Hund begraben: Was ich nicht weiss, macht mich nicht heiss. So klingt es. Dabei müssten wir uns doch grundsätzlich bemühen, dass wir wissen, was in diesen Betrieben vor sich geht. Vielleicht sollten wir einmal über unsere Kantonsgrenzen nach Zürich oder Luzern blicken und uns zu Gemüte führen, wie dort mit dieser Thematik umgegangen wird. In Luzern fand im Juni eine Kadertagung der Regierung und der Führungspersonen der kantonalen Verwaltung statt, welche die Bekämpfung organisierter Kriminalität im Kanton im Fokus hatte. Die Kapo Zürich führt mit der Abteilung Spezialgewerbe sogar eine Einheit, die sich auf solche Fälle spezialisiert hat. Zusammen mit verschiedenen Behörden und Partnerorganisationen kümmert sie sich erfolgreich darum, dass die geltenden Gesetze eingehalten werden und dass das ordentliche Gewerbe keinen Nachteil erleidet. Warum wir eine solche Einheit noch nicht für den Thurgau geschaffen haben, bleibt mir ein Rätsel. Darum meine ich, es ist an der Zeit, dass wir uns diesbezüglich nicht nur politisch sensibilisieren, sondern dringend benötigte Ressourcen schaffen. Vielen Dank.

Präsident: Ich erteile das Wort Kantonsrat Andreas Opprecht. Nach ihm folgt Kantonsrat Marc Rüdisüli.

Andreas Opprecht, FDP: Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Antwort zur Interpellation „Kriminelle Clan-Strukturen im Kanton Thurgau“. Die Fragen der Interpellanten mögen auf den ersten Blick ein bisschen reisserisch klingen. Wir dürfen uns aber nicht in falscher Sicherheit wiegen. Sehr wohl hat der Kanton Thurgau ein modernes und griffiges Polizeigesetz, mit dem unser Rat der Kantonspolizei erst vor kurzem die notwendigen Kompetenzen einräumte. Wir müssen uns aber bewusst sein: Auch der Thurgau ist von der schweizweit wachsenden organisierten Kriminalität betroffen. Insgesamt vermittelt uns die Beantwortung den Eindruck, dass der Regierungsrat die Problematik krimineller Clan-Strukturen zwar aufgreift, ob das Thema dann aber auch mit der notwendigen Entschlossenheit durch die verschiedenen kantonalen Organe angegangen wird, ist nicht abschliessend erkennbar. Aus meiner beruflichen Erfahrung heraus kenne ich einen Fall, bei dem es auf kommunaler Stufe nicht klar ist, ob die mit den notwendigen Kompetenzen ausgestatteten Behörden wirklich genau hingeschaut und gehandelt haben – das Amtsgeheimnis lässt grüssen. Die Anzeichen, dass kriminelle Clans im Thurgau Fuss gefasst haben, sind schwierig zu erkennen. Die Behörden im Thurgau

müssen aufpassen, dass sich in unserem Kanton die organisierte Kriminalität nicht unbemerkt einschleicht. Wir gehen mit dem Regierungsrat einig, dass Handlungsbedarf bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität besteht. Der Regierungsrat beklagt aber mangelnde Ressourcen. Wichtig ist aus Sicht der FDP, dass der bewilligte Aufwuchs der Kantonspolizei zielgerichtet und zeitnah umgesetzt wird und die bewilligten zusätzlichen Ressourcen insbesondere auch dort eingesetzt werden, wo grosser Handlungsbedarf besteht und unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft geschützt werden müssen – wie beispielsweise für die Bekämpfung organisierter Kriminalität. Genauso wichtig wie die personellen Ressourcen für die Bekämpfung organisierter Kriminalität ist aus unserer Sicht auch, dass beispielsweise neben aufwendigen Strukturermittlungen auch bestehende staatliche Stellen für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität optimal vernetzt werden, und dies über alle Staatsebenen. Es ist unserer Meinung nach wichtig, dass in jedem Verdachtsfall auf den Stufen Bund, Kantone und Gemeinden verschiedene Stellen wie beispielsweise Kantonspolizei, Staatsanwaltschaft, Migrationsamt, Amt für Wirtschaft und Arbeit usw. eng zusammenarbeiten, was in der Vergangenheit nicht immer optimal funktionierte.

Präsident: Ich erteile das Wort Kantonsrat Marc Rüdisüli. Nach ihm folgt Kantonsrat Marcel Preiss.

Marc Rüdisüli, Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP dankt der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Aus meiner Sicht ist die Beantwortung aber leider sehr oberflächlich ausgefallen. Wir hätten uns ein deutlicheres Bekenntnis gewünscht, dass das Thema mit der notwendigen Entschlossenheit angesprochen und angegangen worden wäre. Denn das müssen wir. Organisierte Kriminalität ist längst ein Teil unserer Realität und kein irgendwie entferntes Problem. Mafiöse Netzwerke agieren mittlerweile mitten unter uns. Immer häufiger dienen Barber-Shops, Nagelstudios oder Bubble-Tea-Läden als Umschlagplätze für Geldwäscherei und illegale Geschäfte. Cyber-Kriminalität, Drogenhandel, Geldwäsche, Menschen- und Waffenhandel bedrohen unsere Sicherheit, den Rechtsstaat und schlussendlich die demokratische Stabilität in unserem Land. Die Expertinnen und Experten warnen, und die Zahlen sind deutlich. Letztes Jahr zum Beispiel gab es über 15'000 Verdachtsmeldungen schweizweit zur Geldwäscherei – ein Plus von über 27 % im Vergleich zum Vorjahr. Und der Nachrichtendienst hat die Gefahrenlage der organisierten Kriminalität jüngst deutlich hochgestuft. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen: Mafiosi fühlen sich in der Schweiz sicher, und das dürfen wir nicht länger zulassen. Die fedpol-Chefin Eva Wildi-Cortés mahnt: Wenn wir keine Schiesseereien und Strassenkämpfe wie in den Niederlanden, in Belgien oder in Schweden wollten, müsse die Schweiz endlich handeln. Das sind sehr deutliche und klare Worte. Und der Handlungsbedarf ist zum Glück erkannt – zumindest national. Die Fraktion Die Mitte/EVP begrüsst ausdrücklich, dass Bundesrat Beat Jans das Bundesamt für Polizei, al-

so die fedpol, beauftragt hat, eine nationale Strategie und einen Aktionsplan zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu erarbeiten. Der Regierungsrat betont zu Recht, dass viele Ermittlungs- und Untersuchungsaufgaben beim Bund liegen, aber genau dort fehlt es auch gravierend an Ressourcen. Und das darf nicht sein, denn die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist eine Aufgabe, die wir gemeinsam anpacken müssen. Auch wir als Kanton sind gefragt. Wegschauen ist keine Option, denn die Täter sind bestens organisiert, wir leider noch nicht. Die Herausforderungen sind klar. Erstens: Die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen ist immer noch zu ineffizient. Nach wie vor müssen Polizeikorps zum Beispiel unzählige E-Mails herumschicken, um an Fahndungsdaten aus anderen Kantonen zu kommen. Wie will man so eine Chance gegen kriminelle Netzwerke haben? Der Informationsaustausch gehört dringend auf die Höhe der Zeit. Die Plattform POLAP (Polizei-Abfrageplattform) muss jetzt eingeführt werden, und ich bitte den Regierungsrat, in Bern Druck zu machen. Das eigentliche Sicherheitsrisiko – damit komme ich zum Punkt 2 – ist inzwischen auch der Personalmangel. Die Polizei, auch die Bundespolizei und die Staatsanwaltschaften haben schlicht und einfach zu wenige Leute, um strukturierte Ermittlungen gegen kriminelle Banden konsequent durchzuführen. Ob jetzt im Thurgau, beim Bund oder in anderen Kantonen – alle klagen über den Mangel an personellen Ressourcen. Aber einfach mehr Personal einzustellen ist einfacher gesagt als getan. Wir wissen es – es ist schwierig, Personal zu finden, und die Babyboomer gehen erst noch in Pension. Es wird also schwieriger, nicht einfacher. Wir müssen die Polizeiarbeit also auch attraktiver machen: Flexiblere Arbeitsmodelle, faire Löhne, gezielte Nachwuchsförderung. Wir müssen investieren in moderne Technologien – auch diese helfen, Engpässe abzufedern, und natürlich müssen wir auch in die Effizienz investieren. Und hier steht auch der Regierungsrat in der Verantwortung. Wir müssen handeln. Und daher fordert die Fraktion Die Mitte/EVP, die Ressourcen für die Polizei und die Staatsanwaltschaft gezielt auszubauen, dort, wo es Sinn macht – vor allem zum Beispiel die Frontstellen der Kripo-Ermittlung. Diese sind konstant geblieben in den letzten Jahren, während Stabstellen eher ausgebaut wurden. Die Stellen auf ihren Nutzen zu prüfen und die interne Aufgabenpriorität auch mal anzuschauen, ist sicher nicht falsch. Dann muss auch die Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft verbessert werden. Wir fordern ebenfalls, die Rahmenbedingungen für das Polizeipersonal so gut wie möglich zu verbessern, wir fordern die rasche Umsetzung der digitalen Austauschplattform POLAP für den interkantonalen Datenaustausch und wir fordern eine aktive Beteiligung an der nationalen Strategie gegen organisierte Kriminalität. Ohne eine grundlegende Verbesserung der Ressourcen und mehr Mut bei der Personalpolitik bleiben alle Strategien leere Versprechen. Die Fraktion Die Mitte/EVP setzt sich national und kantonale für eine ehrliche, konsequente und nachhaltige Sicherheitspolitik ein. Und ja – das kostet alles Geld. Und das muss es uns auch wert sein. Sparen an der inneren Sicherheit ist ein gefährlicher Irrweg. Wir stehen hier als Kanton und als Mitglieder des Grossen Rates in der Verantwortung, dass unsere Polizei genü-

gend Ressourcen bekommt – denn schlussendlich ist es bei uns auch eine Prioritäten-
setzung. Wenn wir jetzt nicht hinschauen und handeln, dann ist es auf einmal zu spät.
Vielen Dank.

Präsident: Ich erteile das Wort Kantonsrat Marcel Preiss. Nach ihm folgt Kantonsrat Si-
mon Weilenmann.

Marcel Preiss, GLP: Die Antwort des Regierungsrates zur Interpellation über die angebe-
lichen kriminellen Clan-Strukturen im Kanton Thurgau ist aus Sicht der Grünliberalen
Partei grundsätzlich zu begrüssen. Die Stellungnahme ist differenziert, sachlich und
zeigt, dass die Behörden faktenbasiert arbeiten, anstatt unbegründete Ängste zu schü-
ren oder sich am populistischen Narrativ zu beteiligen. Es ist erfreulich und wichtig fest-
zuhalten, dass dem Regierungsrat und der Kantonspolizei keine konkreten kriminellen
Clan-Strukturen im Thurgau bekannt sind. Die Feststellung, dass lediglich eine Einzel-
person mit mutmasslicher Verbindung zu einem Clan im Ausland bekannt ist, spricht für
eine relativ stabile Sicherheitslage in unserem Kanton. Die GLP-Fraktion unterstützt die
klare Unterscheidung zwischen schwer fassbarer organisierter Kriminalität, Einzelkrimi-
nalität und legal geführten Unternehmen, um pauschale Verurteilungen zu vermeiden.
Besonders im Hinblick auf Barber-Shops und Nagelstudios begrüssen wir die Zurückhal-
tung des Regierungsrates, diese pauschal mit kriminellen Aktivitäten in Verbindung zu
bringen. Die ethnische Herkunft von Geschäftsinhaberinnen und -inhabern darf keines-
falls zu einer generellen Verdächtigung führen. Die GLP-Fraktion setzt sich für eine offe-
ne Gesellschafts- und Wirtschaftsfreiheit ein, wie sie in der Bundesverfassung verankert
ist. Die Behörden tun gut daran, im Rahmen geltender Gesetze zu kontrollieren, anstatt
wirtschaftliches Engagement von Migrantinnen zu kriminalisieren. Die Einschätzung des
Regierungsrates, dass auch der Kanton Thurgau in Bereichen wie Cyber-Kriminalität,
Drogenhandel, Geldwäscherei oder Einbruchdiebstählen betroffen ist, ist ernst zu neh-
men. Es ist zentral, dass der Kanton nicht tatenlos bleibt, sondern mit gezielten Ermitt-
lungen überkantonale Zusammenarbeit und mit zeitgemässer technologischer Ausrüs-
tung entschlossen dagegen vorgeht. Dabei stossen unsere bestehenden Gesetze und
Datenschutzbestimmungen leider immer wieder an ihre Grenzen. So musste ich kürzlich
aus den Medien entnehmen, dass es teilweise einfacher sei, Informationen im Rahmen
einer Überwachung aus dem Ausland zu erhalten als aus einem benachbarten Kanton.
Das ist aus sicherheitspolitischer Sicht unhaltbar. Die GLP-Fraktion fordert deshalb, dass
die bereits bewilligten personellen Aufstockungen der Kantonspolizei nun auch konse-
quent umgesetzt werden. Idealerweise bekämpft man kriminelles Verbrechen jedoch
nicht mit Kantönligeist, sondern bundes-, ja EU-weit. Unsere Polizei muss in der Lage
sein, den zunehmenden Anforderungen in einem komplexer werdenden Umfeld gerecht
zu werden. Je komplexer, desto übergreifender sollten Mittel zur Verfügung gestellt wer-
den und sollte Zusammenarbeit passieren. In diesem Zusammenhang möchte ich der

Kantonspolizei einen pragmatischen Hinweis mit auf den Weg geben. Anstatt aufwendige und langwierige Überwachungen von Nagelstudios und Barber-Shops durchzuführen, wäre es wirkungsvoller, deren Geldflüsse gezielt zu analysieren. Verdächtige Transaktionen sprechen oft eine deutlichere Sprache als jede Videokamera und ermöglichen ein zielgerechtes, Ressourcen schonendes Vorgehen gegen Geldwäscherei und versteckte Strukturen. Missbräuchliche Konkurse, auch ohne Clan-Bezug, verursachen erhebliche volkswirtschaftliche Schäden. Die GLP-Fraktion spricht sich für klare Regeln, eine bessere Überwachung und gegebenenfalls eine gesetzliche Verschärfung bei Schwindelgründungen aus. Hier besteht Handlungsbedarf, unabhängig von der Nationalität oder Herkunft der Beteiligten. Die GLP-Fraktion anerkennt die bereits bestehende institutionelle Zusammenarbeit, zum Beispiel beim Runden Tisch gegen Menschenhandel. Für die Bekämpfung von organisierten kriminellen und strukturellen Missbräuchen braucht es jedoch kontinuierliche Weiterentwicklung der Instrumente sowie transparente Kommunikation gegenüber der Bevölkerung – ohne Angst zu schüren. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass „Best Prices“ auch aus anderen Kantonen evaluiert werden und sinnvoll übernommen werden können. Ich komme zum Fazit. Die GLP-Fraktion steht für eine liberale, aber konsequente Rechtsauslegung. Wer geltendes Recht missachtet, muss unabhängig von Herkunft oder Branche zur Rechenschaft gezogen werden. Gleichzeitig stellen wir uns klar gegen Pauschalverdächtigungen sowie die politische Instrumentalisierung von Begriffen wie Clan-Kriminalität. Vertrauen in die Justiz, faktenbasierte Polizeiarbeit und den funktionierenden Rechtsstaat sind die Fundamente unserer liberalen Demokratie – auch hier im Kanton Thurgau. Erlauben Sie mir zum Schluss noch einige Anregungen in eigener Sache, ohne das ernste Thema der organisierten Kriminalität bagatellisieren zu wollen. Wie gross ist der volkswirtschaftliche Schaden, wenn ein Barber-Shop oder ein Nagelstudio nur die Hälfte seiner Einnahmen korrekt verbucht? Wie hoch ist die Belastung für Konsumentinnen und Konsumenten und letztlich für den fairen Markt, wenn bei landwirtschaftlichen Kontrollen immer wieder verbotene Substanzen gefunden werden? Die Thurgauer Zeitung berichtete am 4. Juni und am 22. April dieses Jahres über genau solche Verstösse, teils mit Pflanzenschutzmitteln, die seit Jahren verboten sind. Und ein weiteres Beispiel: Am 11. Februar 2025 strahlte das Schweizer Fernsehen im Kassensurz eine erschütternde Reportage zum Thema Honig aus. Von den 20 getesteten Honigsorten waren nur drei nicht gepanscht oder gestreckt. Für mich zeigen diese Fälle deutlich, dass der Begriff „organisierte Kriminalität“ eine breitere Perspektive verdient. Er darf sich nicht nur auf spektakuläre Banden oder Migrationskontext beziehen, sondern muss auch systematischen Betrug in den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittel und Konsum umfassen. Denn hier geht es nicht nur um entgangene Steuergelder, sondern auch um unsere Gesundheit, das Vertrauen in unsere Lebensmittel und um Fairness gegenüber all jenen, die sich an die Regeln halten.

Präsident: Ich erteile das Wort Kantonsrat Simon Weilenmann. Nach ihm folgt Kantons-

rätin Sandrine Nikolic-Fuss.

Simon Weilenmann, GRÜNE: Die Interpellantinnen und Interpellanten stellen insgesamt neun Fragen zum Thema Clan-Strukturen und organisierte Kriminalität im Kanton Thurgau. Die Antwort der Regierung zeigt auf: Familiäre Clan-Strukturen stellen im Thurgau zurzeit kein ernsthaftes Problem dar. Der Kantonspolizei Thurgau ist lediglich eine Person bekannt, die Verbindungen zu einem Clan in Deutschland hat. Das ist erfreulich und zeigt, dass wir im Thurgau ein verschwindend kleines Vorkommen solcher Strukturen haben. Fünf der neun gestellten Fragen erübrigen sich somit und bleiben von der Regierung unbeantwortet. Anders sieht es im Bereich der organisierten Kriminalität insgesamt aus. Die Schweiz, und mit ihr auch der Kanton Thurgau, ist davon betroffen. Die organisierte Kriminalität stellt eine zunehmende Bedrohung dar, sowohl für die öffentliche Sicherheit als auch für unsere demokratischen Institutionen. Eine umfassende Bestandaufnahme aus dem Jahr 2023 zeigt die Schwachstellen und Lücken in der Bekämpfung der organisierten Kriminalität auf. Eine nationale Strategie mit Handlungsfeldern, Zielen und Massnahmen in den Bereichen der Prävention und Repression bildet die Grundlage für eine wirksame Bekämpfung. Das zeigt: Eine enge Zusammenarbeit mit den entsprechenden Bundesbehörden ist für den Kanton Thurgau zentral. Wir begrüssen, dass die Kantonspolizei Thurgau die Herausforderung erkennt und sich in diesem Bereich engagiert. Dass der Thurgau eine eigene Einheit für Strukturermittlungen schafft wie andere Kantone, ist durch unsere schlechte Finanzlage nicht möglich, da genau die gleichen Stimmen, die jetzt mehr Sicherheit fordern, Steuern gesenkt und das Budget zusammengestrichen haben. Die GRÜNE-Fraktion erkennt den Handlungsbedarf bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Eine gute Prävention trägt zur Stärkung der Gesellschaft bei. Gleichzeitig soll die Kantonspolizei, wo nötig, die notwendigen Mittel für Strukturermittlungen erhalten.

Präsident: Ich erteile das Wort Kantonsrätin Sandrine Nikolic-Fuss. Nach ihr folgt Kantonsrat Franz Eugster.

Sandrine Nikolic-Fuss, SP und Gew.: Organisierte Kriminalität ist kein Fairness-Phänomen. Sie betrifft auch den Kanton Thurgau. Die Antwort des Regierungsrates zeigt ganz klar: Menschenhandel, Drogenhandel, Geldwäscherei, Einbruchdiebstähle, Bankomatsprengungen – das alles findet auch hier statt. Der Regierungsrat hält in seiner Antwort fest: Derzeit gibt es keine bekannten Clan-Strukturen im engeren Sinn. Doch es wäre falsch, dies als Entwarnung zu verstehen. Entscheidend ist nicht, wie eine kriminelle Organisation bezeichnet wird, sondern ob sie ungestört Strukturen aufbauen kann. Die Antwort verdeutlicht zwei zentrale Punkte. Erstens: Die Bekämpfung organisierter Kriminalität erfordert enge Zusammenarbeit – zwischen Kantonen, mit dem Bund und auf internationaler Ebene. Zweitens: Strukturermittlungen sind bei uns nur punktuell möglich,

weil die personellen Ressourcen nicht ausreichen. Das ist kein Vorwurf an die Polizei, im Gegenteil, sondern eine strukturelle Folge der aktuellen Kapazitäten. Mein Appell: Wer die Sicherheit im Kanton nachhaltig stärken will, muss Ermittlungsbehörden so ausstatten, dass sie langfristig planen, Strukturen erkennen und konsequent zerschlagen können – nicht nur im Ausnahmefall, sondern als Teil der täglichen Arbeit. Sicherheit kostet etwas, und das Parlament hat die Ressourcen gesprochen. Diese Mittel dürfen auf keinen Fall wieder gestrichen werden, wenn Sicherheit gewährleistet werden soll. Dazu gehört, Fachwissen aufzubauen, die Kooperation zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Arbeitsinspektorat und Migrationsbehörden zu festigen und vorbeugende Massnahmen ebenso ernst zu nehmen wie repressive Massnahmen. Organisierte Kriminalität ist heute vernetzter, internationaler und digitaler. Wer nur im Krisenmodus reagiert, bleibt im Rückstand. Deshalb braucht es einen klaren politischen Willen, konsequentes Hinschauen und konsequentes Handeln – und das dauerhaft und nachhaltig. Wir brauchen hier nicht nur Feuerwehreinsätze, wir brauchen einen Brandschutz. Vielen Dank.

Präsident: Ich erteile das Wort Kantonsrat Franz Eugster. Nach ihm folgt Kantonsrat Hermann Lei.

Franz Eugster, Die Mitte/EVP: Meine liebe Regierung: Ihre Beantwortung ist enttäuschend. Sie vermitteln den Eindruck, dass Sie die Problematik nicht ernst nehmen – als wollten Sie bei diesem Thema beide Augen verschliessen. Und das Schlimmste daran: Ihre Haltung ermutigt kriminelle Clans, weiterzumachen. Wenn die Regierung das Problem herunterspielt, ist das Wasser auf deren Mühlen. Zum Glück hat das Parlament heute ein anderes Signal ausgesendet. Mit Ausnahme der GLP – und aus dem Votum der GRÜNEN bin ich nicht ganz schlau geworden – haben alle meine Vorredner das Problem erkannt. Ratskollege Marc Rüdüsüli hat darauf hingewiesen, dass der Bundesrat und die fedpol bereits eine Strategie und einen Massnahmenplan erarbeiten. Auch im nationalen Parlament wird intensiv über Geldwäscherei in Barber-Shops, Nagelstudios und Co. diskutiert. Ratskollegin Stephanie Eberle hat mit diversen Beispielen aufgezeigt, dass andere Kantone bereits handeln, und wo auch bei uns Handlungsbedarf besteht. Aber unsere Regierung schläft. Mit Ihrer Antwort haben Sie heute nicht die Frage geklärt, wie wir Clans bekämpfen, sondern nur, ob sie überhaupt ein Problem sind. Die Antwort ist eindeutig: Ja, sie sind ein Problem – auch im Thurgau. Darum erwarte ich von Ihnen jetzt eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema. Es ist an der Zeit, die Augen zu öffnen und zu handeln. Ich erwarte, dass von der Regierung da noch etwas kommt. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Ich erteile das Wort Kantonsrat Hermann Lei.

Hermann Lei, SVP: Die Antwort des Regierungsrates beruhigt, aber sie überzeugt nicht.

Auch nicht, was zum Beispiel Kollege Weilenmann gesagt hat, das Problem sei ein verschwindend kleines Problem – das ist es nur, wenn man die Augen verschliesst, so, wie das der Regierungsrat gemacht hat. „Nicht vorhanden“ oder „nicht bekannt“ heisst eben nicht „nicht vorhanden“. Die organisierte Kriminalität wirkt im Verborgenen, und ich könnte der Regierung durchaus sagen, wo sie eben wirkt. Denn – was denken Sie denn, was in diesen leeren Kebab-Shops passiert? Was glauben Sie, weshalb ein Barber-Shop mit bärtigen Scherern einen Haarschnitt für 20 Franken anbieten kann, derweil eine Hairstylistenin „Susi“ mit 50 Franken kaum über die Runden kommt? Und womit wurde wohl die umfangreiche Renovation der Pizzeria „Il Siciliano“ bezahlt, derweil alle anderen Restaurants in der Umgebung mit jedem servierten Menu Verlust machen? „Lappi tue d’Augen uf“, steht auf dem Schwabentor in Schaffhausen. Ich gehe da einig mit Kantonsrat Franz Eugster, dass es die meisten hier drin, aber eben nicht alle, gesehen haben. Auch gesehen hat es Kantonsrat Kenny Greber, aber er hat natürlich die falschen Mittel. Er spricht von Aufstockung und dass es mehr Geld, mehr Polizisten und „was weiss ich“ haben müsste. Den Gefallen werde ich Ihnen nur teilweise machen. Wichtig ist eben eine Schwerpunktsetzung. Ich erinnere mich: Die Kantonspolizei hat vor Jahren einmal einen Schwerpunkt „Einbruch“ gesetzt. So muss man es machen, anstatt, wie es eben jetzt passiert, Land auf, Land ab Jagd auf alte Schützen zu machen und denen das Gewehr wegzunehmen, weil irgendwo eine Unterschrift fehlt. Deshalb sollte man eben weniger ideologisch geprägte Schwerpunkte, sondern einen sachlichen Schwerpunkt setzen, anstatt solche Dinge zu machen. Zu Kantonsrat Marcel Preiss – das hat mich auch ein bisschen gestört: Wenn man sagt, wenn der Barber-Shop oder das Nagelstudio oder wer auch immer nur die Hälfte deklarieren, sei das ja gar kein Problem. Doch – da versteckt sich teilweise oder möglicherweise die organisierte Kriminalität. Da muss man hinschauen. Natürlich ist das nicht so einfach, wie ich es jetzt sage. Aber von wegen „wir alarmieren nicht; wir wollen eben, dass hingeschaut wird“ – der Thurgau soll nicht erst handeln, wenn die Strukturen fest verwurzelt sind. Aber die Wurzeln graben sich jetzt schon ein. Jetzt ist der Moment, die Lücken zu schliessen. Danke.

Präsident: Das Wort hat Peter Dransfeld.

Peter Dransfeld, GRÜNE: Geschätzter Ratskollege Hermann Lei, ich habe die leichte Befürchtung einer kleinen Wahrnehmungsstörung auf deiner Seite, trotz deiner guten Brille und deinen guten Ohren. Ich habe es nicht so vernommen, dass irgendjemand in diesem Saal dieses Problem nicht ernst nehmen würde. Das wollte ich nur deponieren. Es mag verschiedene Deutungen geben und verschiedene Interpretationen; auch verschiedene Gedanken dazu, wie man damit umgeht – aber ich habe es so vernommen, dass alle Redner hier im Saal das Problem ernst nehmen. Und ich glaube, wenn wir die Lücken schliessen, wie du es sagtest, Hermann Lei, und gemeinsam nach Lösungen suchen, dann wird uns das auch gelingen.

Präsident: Ich erteile das Wort der zuständigen Regierungsrätin Ruth Faller Graf.

Regierungsrätin Ruth Faller Graf: Ich habe also sehenden Auges die Diskussion verfolgt und habe sie nicht geschlossen. Ich würde gerne das letzte Votum aufnehmen und Ihnen mitteilen: Ja, auch der Regierungsrat nimmt die Sache ernst. Und es ist eben doch so, auch wenn es vielleicht nach Wortklauberei tönt, dass die Klärung der Begrifflichkeiten, welche ja auch in der Beantwortung der Interpellation ausgeführt worden ist, eben einen Unterschied zwischen kriminellen Clan-Strukturen, wie es auch ausgeführt ist und der organisierten Kriminalität aufzeigt. Auch der Regierungsrat macht sich natürlich Gedanken aufgrund der Rückmeldung der fedpol vom Juli 2023. Es ist aber an dieser Stelle einfach auch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, dass die Gesetzgebungskompetenz in diesem Rahmen, insbesondere was das Strafrecht anbelangt, beim Bund ist. Wir haben auch aufgenommen, dass diesbezüglich gewünscht wird, dass entsprechend Druck gemacht wird, und der Regierungsrat begrüsst natürlich diese Vorstösse auf Bundesebene, die organisierte Kriminalität anzugehen und allenfalls auch gesetzliche Anpassungen zu machen. Denn ein Grundsatz der organisierten Kriminalität ist es eigentlich, das vorhandene Rechtssystem so auszunehmen oder zu umgehen, dass man eben möglichst in einem rechtsfreien Raum und vielleicht auch unter der Decke agieren kann. Dabei ist es einerseits natürlich sehr wichtig, dass die verschiedenen Ämter miteinander kooperieren und auch miteinander arbeiten. Der Regierungsrat kann Ihnen also bestätigen, dass dies im Kanton Thurgau sogar regelmässig strukturell gemacht wird. Die Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit und auch mit dem Migrationsamt sowie auch eine Zusammenarbeit sowohl mit der Polizei als auch mit der Staatsanwaltschaft ist da und wird auch wirklich rege genutzt. Denn es ist auch dem Regierungsrat klar, dass über die verschiedenen Ämter hinaus miteinander gearbeitet werden kann, damit man solche Machenschaften aufdecken und entsprechend auch konsequent verfolgen kann. Wenn man die neuen Phänomene anschaut, auch bei den Barber-Shops und bei den Nail-Studios, ist es so, dass regelmässige Kontrollen stattfinden. Auch die Konsequenzen werden, wie es auch in der Beantwortung ausgeführt worden ist, konsequent verfolgt. Ich muss Sie aber einfach auch darauf hinweisen, dass bei einem Verdachtsfall immer noch die Unschuldsvermutung gilt und dass eben dort leider auch der Verfolgung manchmal Grenzen gesetzt werden, die nicht unbedingt förderlich sind für eine konsequente Umsetzung und Ahndung. Wir haben es gehört, Kontrolldruck und Strukturermittlungen sind eigentlich die wichtigsten Fundamente, damit man einer organisierten Kriminalität auch ein Stück weit habhaft werden kann. Dazu braucht es Ressourcen, und es wurde jetzt mehrfach ausgeführt, dass ein gewisses Unverständnis vorhanden ist, dass die bewilligte Aufstockung des Korps nicht schneller vonstattengeht und dass auch die Regionalpolizei in der Tendenz rückläufig ist. Das führt aber dazu, dass die Regionalpolizei eigentlich wie der erste Einsatz ist. Was aber wichtig ist beim

Aufbau des Korps und eben auch Zeit braucht, sind Fachpersonen, die die nötigen fachlichen Qualifikationen mitbringen. Da arbeitet die Polizei wirklich mit Hochdruck daran, dass man evaluiert, welche Qualifikationen nötig sind, damit man das Korps auch so effizient aufbauen kann, wie es aufgrund der aktuellen Lage nötig ist. Da wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesem Aspekt auch etwas Wohlwollen entgegenbringen – denn es ist nicht einfach die Anzahl von Personen, die etwas nützt, sondern die Anzahl von Fachpersonen. Man sieht es an der Statistik, ich freue mich darüber und auch der Regierungsrat hat das entsprechend freudig zur Kenntnis genommen: Die Aufklärungsrate im Kanton Thurgau ist überdurchschnittlich gut. Ich möchte weder oberflächlich antworten noch ausweichen. Die Lage ist ernst, und wir werden uns wirklich mit dieser Problematik beschäftigen müssen. Die angesprochenen Straftatbestände wie Cyber-Kriminalität, Drogenhandel oder Menschenhandel fangen eben nicht an der Kantonsgrenze an und hören dann im Kanton Zürich wieder auf, sondern sind leider ein überkantonales, überregionales und internationales Problem. Diesbezüglich ist es so, dass wir gezwungen sind, überkantonale und überregionale zu arbeiten und auch international tätig werden zu können. Diese Zusammenarbeit ist sehr wichtig, die wurde heute auch schon angesprochen. Wir haben die Problematik oder vielleicht auch ein bisschen das Paradox, dass im Schengenraum – international – die Zusammenarbeit und insbesondere der Informationsaustausch besser und problemloser funktioniert, als dies in der Schweiz aktuell möglich ist. Der Polizeidatenraum Schweiz wurde angesprochen. Dafür wurde jetzt beim Bund die Schaffung einer Verfassungsgrundlage an die Hand genommen, und es ist wirklich wichtig, dass dieses Instrument möglichst schnell umgesetzt werden kann, weil es nur so auch über die Kantone hinweg möglich ist, Strukturen, gewisse Clans oder auch organisiertes Vorgehen überhaupt entdecken zu können und zusammenzuarbeiten. Wenn das ESAF (Eidgenössisches Schwing- und Älplerfest) angesprochen wird: Das ist ein Auswuchs davon, dass wir bei der Polizei bereits eine überkantonale Zusammenarbeit installiert haben. Die funktioniert aber auch bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und ist wirklich sehr wichtig. Präsenz, Ressourcen für Struktur- und Netzermittlungen, ein professionelles Polizeikorps, eine hohe Aufklärungsquote sowie eine konsequente Strafverfolgung sind wirklich die wichtigsten Grundlagen, um den kriminellen Machenschaften habhaft zu werden. Da muss ich auch noch darauf hinweisen, wenn jetzt ausgeführt wird, man müsse Schwerpunkte setzen: Das Gesetz sieht dies eben leider gerade nicht vor. Die Polizei hat alle Straftatbestände zu ahnden; dabei ist es dann wirklich schwierig, auch Schwerpunkte setzen zu können. Auch dazu wird sich irgendwann einmal der Bundesgesetzgeber Gedanken machen müssen. Ich bin froh, wenn angesprochen wird, dass eine effiziente und gut bestückte Polizei eine wichtige Grundlage darstellt, und der Regierungsrat würde sich freuen, wenn Sie diesbezüglich auch wieder daran denken werden, wenn es dann darum geht, auch über die Ressourcen zu diskutieren. Vielen Dank.

Präsident: Die Diskussion wird nicht weiter benützt – geschlossen. Das Geschäft ist erledigt.